

Antrag

der Fraktion der SPD

Europäischer Rat am 27./28. Juni 1988 in Hannover

Am 27. und 28. Juni 1988 treffen sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft in Hannover. Dieses Treffen schließt die deutsche EG-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1988 ab.

Die europäischen Bürgerinnen und Bürger erwarten, daß auf diesem Treffen Entscheidungen für die Schaffung des europäischen Sozialraumes und Maßnahmen zum Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit in der Gemeinschaft getroffen werden.

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der EG-Ministerrat hat in den letzten Wochen einige, für die vorgesehene Vollendung des europäischen Binnenmarktes wichtige Entscheidungen getroffen. Eine Reihe weiterer Vorschläge der EG-Kommission sind jedoch, wegen Uneinigkeit im Ministerrat, bisher nicht verabschiedet worden.

Bei den bereits getroffenen Entscheidungen ist allerdings festzustellen, daß eine Reihe von Mitgliedstaaten der Verpflichtung zur Umsetzung in nationales Recht nur mangelhaft oder gar nicht nachgekommen ist.

2. Im Bereich der Steuerharmonisierung haben sich keine Fortschritte ergeben, insbesondere deshalb, weil mehrere EG-Mitgliedstaaten erhebliche Einwände gegen die Kommissionsvorschläge erhoben haben. Erschwerend kommt hinzu, daß die Bundesregierung als derzeitige EG-Ratsmacht über kein zwischen den Koalitionspartnern konsensfähiges Konzept verfügt.
3. Die durch die Schlußfolgerung des Europäischen Rates vom 11./12. Februar in Brüssel vorgesehene Agrarreform hat bisher nicht stattgefunden. Daher sind auch die von der EG-Kommission veranschlagten Entlastungen kaum zu erwarten. Es ist vielmehr zu befürchten, daß der Agraranteil am EG-Haushalt nicht verringert wird und damit auch in Zukunft keine zusätzlichen finanziellen Mittel für andere

Politiken, die zur Vollendung des Binnenmarktes von Bedeutung sind, zur Verfügung stehen werden.

4. Für die Verwirklichung des Binnenmarktes ist der Ausbau des europäischen Währungssystems erforderlich. Der weitere Ausbau der europäischen Währungszusammenarbeit ist jedoch bisher am Kleinmut und an der Uneinigkeit innerhalb der EG gescheitert.
 5. Der einheitliche europäische Binnenmarkt bedarf der sozialen Gestaltung. Nicht Abbau, sondern Ausbau der Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsrechte sind geboten. Weder die Bundesregierung noch die Europäische Gemeinschaft haben bisher zu diesem wichtigen politischen Bereich hinreichende Vorstellungen entwickelt.
 6. Bei der Harmonisierung des Binnenmarktes darf es bei europäischen Umweltstandards keine Aufweichung von Umweltnormen geben für die Länder, die bereits schärfere nationale Umweltstandards eingeführt haben. Entsprechend der Einheitlichen Europäischen Akte ist bei der Harmonisierung in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit, Umweltschutz und Verbraucherschutz von einem hohen Schutzniveau auszugehen.
 7. Die Europäische Gemeinschaft wird auf Dauer bei den EG-Bürgerinnen und -Bürgern nur Zustimmung finden, wenn ihre Entscheidungen und Maßnahmen unter parlamentarischer Mitwirkung, insbesondere des Europäischen Parlaments, getroffen werden. Die Bundesregierung hat – trotz angekündigter Unterstützung der Forderungen des EP nach Mitentscheidung – nichts unternommen, um eine wirksame Mitwirkung und Mitentscheidung des Europäischen Parlaments zu gewährleisten.
- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. mit Nachdruck im Ministerrat darauf hinzuwirken, daß die für die Vollendung des Binnenmarktes noch ausstehenden Beschlüsse umgehend gefaßt werden, damit das Ziel der Vollendung des Binnenmarktes bis 1992 erreicht wird;
 2. ein Konzept für eine vorgesehene Steuerharmonisierung zu entwickeln und dem Deutschen Bundestag vorzulegen;
ihre Zustimmung zur Steuerharmonisierung nicht als Vorwand zu benutzen, die nationale Mehrwertsteuer zu erhöhen, um damit die Lücken im Bundeshaushalt der kommenden Jahre abzudecken;
 3. mit Nachdruck die monetäre Integration in Europa mit dem Ziel der Schaffung einer europäischen Währungsunion voranzutreiben. Hierzu gehören eine gemeinsame europäische Währung und die Errichtung einer europäischen Zentralbank. Der Weg zu diesem Ziel ist mit der Entwicklung der Integration der Güter- und Dienstleistungsmärkte zu verzahnen. Die weitere Entwicklung der europäischen Währungspolitik muß in den einzelnen Funktionen und auch institutionell den Integrationsprozeß im jeweiligen Stadium fördern;

4. dafür Sorge zu tragen, daß die Verwirklichung des Binnenmarktes mit der Schaffung eines europäischen Sozialraumes zur Sicherung und Ausweitung der Arbeitnehmerrechte einhergeht. Nationale Schutzvorschriften für soziale Sicherheit, Gesundheit und Verbraucherschutz können nur durch gleich- oder höherwertiges EG-Recht abgelöst werden. Ein Aktionsprogramm zur Verwirklichung sozialer Mindeststandards ist erforderlich, welches sicherstellt, daß die bestehenden sozialen Standards in der Bundesrepublik Deutschland erhalten bleiben;

sich für ein europaweites Programm „Arbeit und Umwelt“ einschließlich eines Finanzierungskonzepts einzusetzen, durch das die Massenarbeitslosigkeit in der EG bekämpft wird;

die schon vorliegenden Richtlinienentwürfe der EG-Kommission im Umweltbereich sind zu verabschieden;

5. sich dafür einzusetzen, daß künftig die Sozialverträglichkeit europäischer Gesetzgebung überprüft wird;
6. die Verankerung europäischer Grundrechte zu gewährleisten, weil sonst die Gefahr besteht, daß national bestehende Grundrechte durch europäische Gesetzgebung ausgehöhlt werden;
7. der Forderung des Europäischen Parlaments nachzukommen, daß seine Rechte über die unzureichenden Regelungen der Einheitlichen Europäischen Akte hinaus ausgeweitet werden;
8. neben den dringenden Initiativen und Entscheidungen zur Zukunft des Europäischen Binnenmarktes muß der Europäische Rat am 27./28. Juni aber auch Lösungen zu anderen aktuellen Fragen – so zur europäischen Stahlpolitik – finden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, entsprechend ihrer Zusage auf der Montankonferenz am 24. Februar 1988

— spätestens auf der Sitzung des Rates in Hannover durchzusetzen, daß die Beihilfedisziplin strikt eingehalten wird,

— auf einer Verlängerung der Produktionsquoten zu bestehen.

- III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ihm nach Abschluß der deutschen Ratspräsidentschaft so schnell wie möglich über deren Arbeiten und die erzielten Ergebnisse ausführlich zu berichten.

Bonn, den 23. Juni 1988

Dr. Vogel und Fraktion

